

# Der Kampf

Das „Volksblatt“ erscheint jeden Freitag; Sonn- und Feiertagen mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“. Unerwartet eingelangte Manuskripte ist stets das Publikationsorgan der gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organen verlässlicher Behörden. — Schriftleitung: Hara 42/44, Hohlstraße, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluss 4867. Bestells. Staatssekretariat mit dem 12 bis 1 Uhr

**Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungsbezirk Merseburg**

**Bezugsbedingungen:** Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Für Schüler 1,80 Mark. Bezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Vorkasse, 2,30 Mark mit Postgebühr, am Postamt abnominiert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Wrt. im Anzeigen- und 40 Wrt. im Bekanntheits- und 20 Wrt. im Geschäftsstellen-Preis. Hara 42/44, Fernruf 4806, — Zweigstelle: Dr. Ulrichstraße 27. — Postfachkonto 20319, Erfurt

## Halle'scher Stahlhelm-Rummel und Landtag.

### „Was gedenkt die Staatsregierung zu tun...?“

#### Die „Große Anfrage“ einer Regierungspartei.

— Halle (Saale), 20. Oktober.

Der Herr Heydenreich, die parlamentarische Korpsgeist alles dessen was sich in und um Halle zur Deutschen Volkspartei bekennt, hatte bekanntlich am 10. und 11. Oktober eine ganze Reihe von Marschparaden in das preussische Innenministerium unter, von ihm, seinen geliebten Stahlhelmländern in letzter Stunde doch noch die Möglichkeit zur Abhaltung ihres schwarzweißen Sporttages zu verschaffen. Erfreulicherweise sind die Laufübungen des Herrn Heydenreich damals an der Ablehnung des preussischen Innenministeriums gescheitert. Das hat wieder Herr Heydenreich nach seine Partei verbinden können. Sie haben sich deshalb zu einer Anfrage im Preussischen Landtag aufgefunden, die nachstehenden Wortlaut hat:

1. Willigt die Staatsregierung das Verhalten des Regierungspräsidenten von Merseburg, Grünher, gegenüber einer durch Urteil des Staatsgerichtshofes als unpolitisch anerkannten Vereinigung?

2. Was bedauert die Staatsregierung zu tun, um den berechtigten Protesten in Zukunft zu unterbinden und zu vermeiden, die die Regierung in Merseburg durch denartig unbesonnenen Entscheidungen das Ansehen der Staatsregierung schädigt?

Die demokratische „Halle'sche Zeitung“, die diese Anfrage zuerst veröffentlicht, bemerkt dazu:

„Die Staatsregierung wird es vor allem selbst finden, daß eine „Regierungspartei“ sie wegen einer Maßnahme inkompetent, deren tatsächliche Veranlassung und Notwendigkeit sogar gemäßigte Radikale angeht, das Verhalten des halle'scher Stahlhelmländers Duesterberg angehen.“

Die „Holl. Bl.“ hat ganz recht. Wogegen davon, daß wir einen Versuch eines politisch feierlichen Stahlhelmsummens auf das entscheidende bezurteilen, dürfte ja noch hinlänglich bekannt sein, daß selbst die „Halle'sche Zeitung“ das Wort des sogenannten Sporttages nach den ausweichenden Äußerungen des Innenminister Duesterberg für bedenklich hielt. (Um der objektiven Wahrheit willen haben wir unsere letzte Pressemitteilung an den Stahlhelm, daß Duesterberg fernseitig von einem friedlichen Pferd gefallen sei und sich dabei seine Hauptverwundung, das linke Bein, zugezogen habe, heute dahin zu ergänzen, daß der Infanterist Duesterberg, soweit öffentlich bekannt geworden, bisher noch nicht vom Pferd gefallen ist, sondern sich das Bein durch einen Sturz vom Vortragspult zugezogen hat. Duesterberg hat also das Recht, nicht nur rhetorisch, sondern auch mit den Weinen bei unpassender Gelegenheit zu stolpern.)

An der Großen Anfrage der Heydenreich und Genossen ist bemerkenswert, daß sie von widerprechenden Entscheidungen des Regierungspräsidenten redet, die das Ansehen der Staatsregierung angeblich schädigen sollen. Es ist darum notwendig, die Geschichte dieser widerprechenden Entscheidungen einmal kurz zu skizzieren. Die erste Aufhebung des Verbotes des Stahlhelmtages wurde dadurch bewirkt, daß die Stahlhelmländer Hauptmann Schulz und Geschäftsführer Nord dem Regierungspräsidenten feierlich erklärten, daß der Stahlhelm alle Verletzungen getroffen habe, Duesterberg an der Ausübung von Angriffen zu hindern, und daß seine Rede von einem politischen Unfug des Sporttages sein könne. Die beiden genannten Stahlhelmländer rüden in ihrer Unterredung von der bisherigen Tätigkeit des Stahlhelms an und erklärten, daß, wenn Duesterberg am Sonntag, dem 12. Oktober, wieder aus der Reihe tanzen sollte, er im Stahlhelm als Offizier sowohl wie als Kamerad erwidert sei. Sie fügten außerdem hinzu, daß das Stahlhelmsporttage Duesterbergs nur gering sei. Dies und die feierlichen Versicherungen der genannten Herren veranlaßten den Regierungspräsidenten, das erste Verbot zunächst bedingt aufzuheben.

Wie wurden nun die Versicherungen der Stahlhelmländer gehalten? Das Programm des Sportfestes erhielt Vorschriften, daß alle Kraftwagen und Motorräder nur mit den antirepublikanischen schwarzweißen Fahnen fahren dürften. Am Donnerstagabend forderte der Stahlhelm sogar in den rechtsgerichteten halle'schen Wäldern die Bürgerstadt zur allgemeinen Übung der schwarzweißen Fahnen auf, und als Antwort auf das Verprechen, daß Duettberg sich keine Exzesse auf dem Sporttage und im Zusammenhang mit dem Sporttage erlauben würde, erfolgte unmittelbar nach der Genehmigung des Festes der wüste Angriff des Duesterberg-Zirkels auf die Republik, auf die neuen Regierungsmethoden und auf den Regierungspräsidenten Grünher. Sämtliche Versicherungen der Stahlhelmländer waren gebrochen; es konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß am 12. Oktober, wie es auch die „Halle'sche Zeitung“ sehr treffend zum Ausdruck brachte, ein neuer und größerer Faschismusmarsch als am 11. Mai vor sich gehen sollte.

Wir haben nichts dagegen, daß sich die Deutsche Volkspartei, die scheinbar durch Herrn Heydenreich glänzend orientiert ist, demnächst im Preussischen Landtag mit ihrer Großen Anfrage blamiert. Dem preussischen Innenminister Genossen Seevering wird es ein Leichtes sein, an Hand des ihm vom amtlichen und nichtamtlichen Seite zur Verfügung gestellten Materials die vollkommene Unrichtigkeit der Anfrage ad absurdum zu führen. Die Deutsche Volkspartei wird daraus lernen, die Anforderungen ihres reinen Fahren aus Halle in Zukunft mit etwas größerer Vorsicht zu behandeln.

Mit einem größeren Recht ist noch keine Veranstaltung verboten worden als der Stahlhelm-Marsch am 12. Oktober, der dem Ansehen Deutschlands im Ausland wieder schweren Schaden angefügt haben würde.

Wie uns Regierungspräsident Grünher mitteilt, hat er gegen die „Halle'sche Zeitung“ und Duesterberg wegen der öffentlichen Bespottung, er habe parteipolitisch entzündeten, Antrag auf Strafverfolgung gestellt.

## Eine Glanzleistung des Kameraden Leopold.

### Im Bunde mit dem Leiter der Kriegsgenossenschaft.

Wie uns von durchaus zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat am Sonnabendabend im Hotel „Stadt Hamburg“ eine Vertreterkonferenz der Deutschen Nationalen stattgefunden, auf der u. a. auch der bekannte Leiter des Kriegspresseamtes Oberst Nicolai sowie der deutschnationaler Ministerpräsident Kamerad Leopold teilgenommen haben. Die Herrschaften gerieten sich darüber den Kopf, wie der politische Einfluss des „Vorwärts“ und der übrigen sozialdemokratischen Presse in der deutschen Bevölkerung gebrochen werden könne. Nach hundertlangem Gebirgsverhandlungen kamen sie zu folgendem genialen Beschlusse:

Alle verfügbaren Kräfte sollen für die Verbreitung des von Herrn Emil Hager herausgegebenen „Deutschen Vorwärts“ eingesetzt werden. Dieser „Deutsche Vorwärts“ soll den vollen „Vorwärts“ allmählich auf folgende Weise verdrängen: Der „Deutsche Vorwärts“ soll dem Arbeiter in den Betrieben und in den Werken eine Zeitung gratis zur Verfügung gestellt werden. Gegebenenfalls soll man der „Deutsche Vorwärts“ den in Frage kommenden Arbeiter ständig gratis zustellen. Da die Methode schon alt und ihre Anwendung in ähnlichen Fällen bisher regelmäßig mißglückt ist, darf man den Herrn Kriegspressechef und den Kameraden Leopold wohl fragen, wer sie auf diese unpolitische Schnapsidee gebracht hat. Für die Arbeiterklasse, die erfahrungsgemäß auf jeden Schwund nicht herabfällt, ist es übrigens sehr interessant, daß der Leiter der Kriegsgenossenschaft gleichzeitig Pressenachbar der deutschnationalen Volkserneuerungspartei ist.

## Doch noch Auflösung?

Der Sozialdemokratische Parlamentsbericht schreibt:

Am Sonnabend hat die Reichsregierung angekündigt, daß der Reichstagsler seine Verhandlungen über die Erweiterung der Regierung bis Montagabend abschließen will. Wer glaubt das noch? Als Herr Dr. Marx zu Beginn seiner wenig zutreffenden Rede über die Reichsregierung die Parteiführer empfing, drückte er seine Ansicht dahin aus, daß seine Beratungen innerhalb kurzer Zeit, spätestens aber bis Sonnabend, den 11. Oktober, beendet sein sollten. Anwesende sind mehr als acht Tage vertrieben, ohne daß dieses Verprechen eingehalten worden wäre. Immerhin liegt jetzt reichlich Anlaß zu der Erwartung vor, daß nach drei Wochen dem Regierungspult endlich ein Ende gemacht wird. Solange das nicht tatsächlich der Fall ist, hätten wir eigentlich keinen Grund, uns erneut mit der Regierungskrise zu beschäftigen, wenn nicht bringende Gründe das notwendig machen würden.

Vor allem glauben wir, zu einer Erweiterung in diesem Augenblick verpflichtet zu sein insofern der fortgesetzten Agitation, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Reichstagslers auch von linksgerichteter Seite gegen den Reichspräsidenten erhoben werden. Man kann es wohl verstehen, wenn nach fortgesetzten ergebnislosen Verhandlungen der Ruf nach Auflösung allgemeiner und stärker wie bisher ertönt. Aber dem Reichspräsidenten einen Vorwurf daraus zu machen, weil dieser begründeten Forderungen nicht schon längst Rechnung getragen wurde, ist völlig unberechtigt. Gewiß, in § 25 der Reichsverfassung heißt es, daß der Reichspräsident den Reichstag auflösen kann. Mit diesem Satzgraben allein ist es jedoch nicht getan, denn in § 50 der Reichsverfassung wird ausdrücklich gesagt, daß alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten durch den Reichstagsler oder den zuständigen Reichsminister gegengezeichnet werden müssen. Der § 25 erlaubt also durch den § 50 eine Einschränkung, die jedem Klammarschen sollte, daß die Rechte des Reichspräsidenten nicht unbefränkt sind und er selbst bei dem besten Willen nicht immer in der Lage ist, seine persönliche Auffassung durchzusetzen. Tatsache ist, daß der Reichstagsler vor wenigen Tagen schon einmal bereit war, den Reichstag nach Hause zu schicken. Nicht aber die Reichsminister. Sie haben sich im Reichstag im Hinblick auf die Auffassung ihrer Parteien etwas gegen den Reichspräsidenten unter diesen Umständen zweifellos behütet haben, dem Reichspräsidenten die Auffösung vorzuschlagen. Die gegenwärtigen Vorwürfe gegen den Reichspräsidenten der Republik sind also unzutreffend. Sie würden viel eher zutreffen auf die Reichsminister, aber auch auf sie nur bedingt, weil sie wiederum in erster Linie lediglich als Beauftragte ihrer Parteien handeln, die sich bisher mit Händen und Füßen gegen eine Auflösung gewehrt haben.

Sinnvoller noch als die widerlegten Angriffe ist das kommunistische Geschrei darüber, daß der Reichspräsident gegebenenfalls deutschnationaler Minister ernennen würde. Die Reichsverfassung bestimmt, daß der Reichspräsident die Reichsminister zu ernennen hat. Aber diese Ermächtigung hat im parlamentarischen Regierungssystem praktisch nur formelle Bedeutung. In der Regel ist es doch so, daß die Minister, die dem Präsidenten vom Reichstagsler vorgezogen werden, als Beauftragte der Parteien gelten und infolgedessen vom Reichspräsidenten ernannt werden müssen, wenn er sich nicht unmöglich machen will. Das würde in dem Augenblick eintreten, wo sich der Reichspräsident anständig gegen die Mehrheit eines Parlaments bestimmte Minister ihrer Parteirichtung wegen von der Ministerkandidat auszuweichen. Einen derartigen Abgang würde der jetzige Reichspräsident, wie wir ihn kennen, nicht schwer ertragen. Schließlich ist damit jedoch nur den Deutschnationalen gebietet, denn selbst wenn Herr Reichspräsident ernennen würde, dürfte sie wahrscheinlich in einigen Wochen doch von seinem Nachfolger berufen werden. Dann aber wäre für die Zukunft ein Präzedenzfall geschaffen, in dem vielleicht ein Reichspräsident der rechten Seite bei einer veränderten parlamentarischen Situation unter Verletzung auf seinen Vorgänger weigern könnte, Sozialdemokraten als Minister zu ernennen. Die Sache ist also nicht so einfach wie das Geschrei der kommunistischen Presse. Daß Herr Reichspräsident nicht dem Herzen bei einer Ernennung von deutschnationalen Ministern wäre, brauchen wir wohl kaum zu betonen. Denn es ist sicherlich viel lieber, nur sozialdemokratische Minister ernennen zu können, wenn die notwendigen Voraussetzungen dafür vorhanden wären. Solange aber die Kommunisten ihre Hauptaufgabe in der Verhinderung und Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung sehen, dürfte das große Ziel der Sozialdemokratie kaum ohne weiteres in Erfüllung gehen.

Kein ist die Hoffnung der Kommunisten, die Ernennung deutschnationaler Minister durch Herr Reichspräsident nicht erfüllt. Die parlamentarische Lage hat sich inzwischen wieder einmal verändert, das Ziel des Reichsarbeitsministers, unter allen Umständen den Vorkriegsstand zu schaffen, ist noch nicht erreicht. Wohlgerne, es handelt sich um den glücklichen Herrn Dr. Brauns, der bei der letzten Wahlpoelenung nach einer Kandidatur suchen mußte, weil er insbesondere von sämtlichen Wahlkreisen im Westen wegen seiner Politik abgelehnt wurde und schließlich unter Hilfeleistung des Vorkriegsbesitzer der Zentrumspartei im Wahlkreis Westermünde. Er ist der Mann, der dem Reichstagsler bis aufs Zukünftige

## Parteitag der Radikalsozialen.

Bericht Parteivorstand. — Bildung einer internationalen Vereinigung demokratischer Parteien.

Paris, 20. Oktober. (Midi-Meldung.)

Der Parteitag der Radikalsozialen hat gestern seine Arbeiten beendet. Gestern wurde einstimmig zum Parteivorstand gewählt.

Vor Abschluß seiner Tagung nahm der radikalsozialen Kongress noch folgenden Beschluß an:

Die radikalen und demokratischen Parteien Europas haben eine internationale Vereinigung zu gründen. Die Organisationsarbeiten der internationalen Vereinigung der demokratischen Parteien, die gleichen Ideale aufweisen, zu erleichtern, zur Wiederherstellung des Weltfriedens beizutragen und mit allen Mitteln das obligatorische Schiedsverfahren zu begründen. Es wird ein Komitee eingesetzt werden, in dem vertreten sind: Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Dänemark, Ungarn, Schweiz, Norwegen, Schweden, Polen, die Tschechoslowakei und Litauen.

## Zurückgabe der Zoll- und Fortverwaltung

Soblenz, 19. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Am 19. Oktober wurde zwischen der deutschen Delegation und der Arbeitskommission ein Abkommen über die Zurückgabe der Zoll-, Fort- und Domänenverwaltung erzielt. Damit gehen diese Verwaltung mit dem 21. Oktober wieder in deutsche Hände über. Am gleichen Tage werden die Ein- und Ausfuhrämter in Estland und Dänemark ihre Tätigkeit einstellen, so daß am 21. Oktober an die Ein- und Ausfuhrverwaltungen ausschließlich von den zuständigen deutschen Stellen erteilt werden.













